

Dienstvereinbarung
über
die Fort- und Weiterbildung

zwischen dem

ZWEITEN DEUTSCHEN FERNSEHEN
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
ZDF

und den

Personalräten
des Zentralstudios und der Studios

in der ab 01.07.2010 geltenden Fassung

1.0 Geltungsbereich

Die Dienstvereinbarung Fort- und Weiterbildung gilt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne des MTV sowie für freie Mitarbeiter/-innen, die dem Geltungsbereich des Tarifvertrages zur Regelung der freien Mitarbeit im 2. Kreis unterfallen. Sie findet ferner Anwendung für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Voraussetzungen des § 2 des Bestandsschutztarifvertrages für arbeitnehmerähnliche Personen beim ZDF erfüllen, soweit in den folgenden Bestimmungen ausdrückliche Regelungen getroffen sind.

2.0 Grundsatz

Das ZDF fördert mit dieser Dienstvereinbarung die berufliche¹⁾ Fort- und Weiterbildung (fachbereichsbezogen und -übergreifend), Qualifikationssicherung und -entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Initiative zur Weiterbildung kann sowohl vom ZDF als auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgehen.

Verabredungen, insbesondere im Sinne der DV Leitordnung und der DV Mitarbeitergespräche über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und deren Umsetzungen, müssen die Entwicklungspotentiale und -interessen der Beschäftigten berücksichtigen und auch im Interesse des ZDF liegen.

3.0 Aufgaben und Durchführung

- 3.1** Für die Teilnahme an Fort- und/oder Weiterbildungsmaßnahmen werden die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter vom Dienst freigestellt, soweit die nachfolgenden Bestimmungen keine Einschränkungen dieses Grundsatzes enthalten. Die tariflichen Arbeitszeitregelungen gelten sinngemäß²⁾.

¹⁾ Aspekte der politischen Weiterbildung, sofern sie darauf ausgerichtet ist, das Verständnis der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer für gesellschaftliche, soziale und politische Zusammenhänge zu verbessern, sind im Tarifvertrag über Bildungsurlaub sowie in den Bildungsfreistellungsgesetzen der Länder geregelt.

²⁾
Protokollnotiz zu Ziffer 3.1

Die sinngemäße Geltung umfasst die Arbeitszeitregelungen nach folgender Maßgabe:

- (a) Bei dienstlich vom Fachbereich als notwendig gekennzeichneten Maßnahmen, insbesondere Fortbildungsmaßnahmen (z.B. zur Einarbeitung und/oder Vorbereitung sowie Begleitung bei Anpassungen an technologische und organisatorische bzw. gesetzliche Veränderungen), findet der Tarifvertrag zur Neuregelung der Arbeitszeit Anwendung.

3.2 Differenzierung nach Maßnahmen

- 3.2.1** Zur Gewährleistung der notwendigen Einarbeitung, Fortbildung, Anpassung der Funktionsinhalte ist den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen eine entsprechende Fort-/Weiterbildungsmaßnahme zu gewähren. Dabei gelten die Grundsätze der Ziffer 3.1 entsprechend.
- 3.2.2** Aus Gründen der fachbereichsspezifischen Planung und Personalentwicklung bedarf es einer entsprechenden Fortbildung und hierauf abgestellter personaler Entwicklungsmaßnahmen bzw. -initiativen. Auch in diesen Fällen gilt Ziffer 3.1 entsprechend.
- 3.2.3** Insbesondere aus fachbereichsübergreifenden Gründen sowie zur Gewährleistung der Aufgabenerfüllung und Funktion und der spezifischen Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter des ZDF bedarf es einer entsprechenden Fortbildung. Hier gelten die Grundsätze der Ziffer 3.1 sinngemäß unter Berücksichtigung der Abwägung der Interessen der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, der Bereiche und des ZDF insgesamt.
- 3.2.4** Der Fachbereich gewährleistet, dass die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter genehmigte Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch nehmen können, soweit keine dringenden betrieblichen Interessen entgegenstehen.

Fortsetzung der Protokollnotiz zu Ziffer 3.1

- (b) Handelt es sich um eine Maßnahme, die zwar nicht unabdingbar ist, jedoch langfristig auch im betrieblichen Interesse liegen kann, findet der Tarifvertrag zur Neuregelung der Arbeitszeit wie folgt Anwendung:

Bei der Freistellung vom Dienst für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gilt die Arbeitszeit im Umfang der Fortbildungsmaßnahme, höchstens jedoch im Umfang der regelmäßigen bzw. der an dem jeweiligen Tag festgelegten Arbeitszeit als erfüllt.

Zuschlags-, Bonusregelungen und die an besonderen Arbeitszeitbelastungen orientierten besonderen Ausgleichsregelungen finden grundsätzlich keine Anwendung, es sei denn, es wird im Einzelfall eine Sonderregelung mit dem jeweils zuständigen Personalrat getroffen. Eine Sonderbetrachtung kann bspw. bei Fortbildungsseminaren in größerem Rahmen, die aus betrieblichen Gründen am Wochenende durchgeführt werden müssen, angezeigt sein. Die gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen sind einzuhalten.

Für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Sinne der Ziff. 3.2.3, die an einem sonst arbeitsfreien Tag stattfinden, ergibt sich ein Freizeitausgleich bis zu einem freien Tag. Soweit im Zusammenhang mit auswärtigen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

Reisezeit anfällt und insgesamt ein sonst freier Tag überschritten wird, ergibt sich ein Freizeitanspruch in Höhe der tatsächlich aufgewendeten Zeit.

- (c) Liegt eine Fortbildung bzw. Weiterbildung, die auch betriebliche Belange berührt, vorwiegend im Interesse des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin, so richtet sich die Anwendbarkeit der Arbeitszeitregelungen im Sinne des Buchstaben (b) nach dem Interessenschwerpunkt der konkreten Maßnahme.

- 3.3** Soweit eine Fort- und/oder Weiterbildungsmaßnahme überwiegend im Interesse des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin liegt (z.B. berufsbegleitendes Studium, sofern nicht von Ziff. 3.2 erfasst), ist das Verwehren einer Freistellung vom Dienst nur aus übergeordneten betrieblichen Gründen möglich.

Bei berufsbegleitenden Studiengängen sollte die gebotene Unterstützung des ZDF erfolgen. Die Gewährung einer notwendigen Freistellung vom Dienst (z.B. zur Wahrnehmung von Prüfungen sowie zu deren Vorbereitung - in der Regel drei Tage vorher) ist geboten.

- 3.4** Mitarbeiterintegrative Fortbildungsmaßnahmen sind Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen:

- a) z.B. im Zusammenhang mit Umorganisationen, Maßnahmen aus dem Frauengleichstellungsplan, im Zusammenhang mit Job-Rotation, Maßnahmen gemäß der Schwerbehindertenfürsorge und Maßnahmen nach einem Betriebsunfall,
- b) während des Erziehungsurlaubes, der befristeten Berufsunfähigkeit und sonstiger Beurlaubungen zur Erleichterung des Wiedereintritts in das aktive Arbeitsverhältnis.

Bei Maßnahmen im Sinne des Buchstaben a) findet Ziffer 3.1 sinngemäß Anwendung. Unberührt bleibt § 12 Rationalisierungsschutztarifvertrag.

- 3.5** Für spezifische Fälle spricht der Fort- und Bildungsausschuss eine Empfehlung gegenüber den entsprechenden Fachbereichen sowie den betreffenden Institutionen aus.
- 3.6** Bestätigungen, Zeugnisse und/oder andere Teilnahmedokumente von Fortbildungsmaßnahmen, die durch das ZDF gefördert wurden, werden zu den Personalakten genommen; in den übrigen Fällen erfolgt die Aufnahme in die Personalakte auf Wunsch des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin.

4.0 Kostennachweis und Kostenerstattung

- 4.1** Die Kosten der einzelnen Weiterbildungsmaßnahmen, soweit es sich nicht um ZDF-interne Veranstaltungen handelt, sind im Einzelnen nachzuweisen.

- 4.2** Erstattungsfähig sind insbesondere

- a) Teilnahme- und Prüfungsgebühren,
- b) Aufwendungen für Weiterbildungsmittel,

- c) Reisekosten im notwendigen Umfang, jedoch nicht über die Sätze der DV Reisekosten des ZDF hinaus,
- d) unvermeidliche Nebenkosten.

4.3 Für Maßnahmen im Sinne der Ziffern 3.2.1 bis 3.2.3 trägt das ZDF die notwendigen Kosten der Fortbildung. Daher ist eine Übernahme der Fortbildungskosten durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder eine Kostenrückforderung nur nach Maßgabe der Ziffern 3.4 und 3.5 möglich.

4.4 Die Kosten der Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen nach Ziffer 3.3 sind grundsätzlich von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu tragen. In begründeten Einzelfällen kann eine Beteiligung des ZDF an den notwendigen Kosten der Maßnahme erfolgen, die auch als Darlehen gewährt werden kann.

4.5 Bei zeitintensiven (mindestens mehrwöchigen) und/oder kosten-/aufwandsintensiven Maßnahmen kann nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eine Rückforderung der Kosten vereinbart werden, für den Fall, dass die Mitarbeiterin/der Mitarbeiter während eines bestimmten Zeitraumes, gerechnet vom Tage nach Beendigung der Maßnahme, ihr/sein Ausscheiden aus einem von ihr/ihm zu vertretenden Grund beim ZDF bewirkt. Dies gilt:

- a) für Ausbildungskosten - soweit es sich nicht um eine kaufmännische, oder technische, oder sonstige Grundausbildung handelt - wenn dies vor Beginn der Maßnahme aus Aufwandsgründen (Kosten, Dauer der Freistellung) gesondert vereinbart wurde;
- b) für Kosten bei Einarbeitungs-/Einweisungsmaßnahmen, die mit erheblichem Kostenaufwand für das ZDF verbunden sind und dem Genehmigungsverfahren des Fort- und Weiterbildungsausschusses unterworfen wurden, wenn die Rückzahlungsklausel vor Beginn der Maßnahme gesondert vereinbart wurde. Ausgenommen hiervon sind gesetzlich vorgesehene Unterweisungen (bspw. Arbeits-/Gesundheitsschutz);
- c) für Kosten einer betrieblich notwendigen, aber zeitintensiven Fortbildung, wenn die Maßnahme mit Geldmitteln der Fortbildung finanziert und mit Zustimmung des Fort- und Weiterbildungsausschusses durchgeführt wurde;
- d) für Kosten einer Fortbildung, die überwiegend im Interesse des jeweiligen Mitarbeiters/der jeweiligen Mitarbeiterin liegt und zu der das ZDF aufgrund Ziffer 4.4 Satz 2 eine Kostenbeteiligung gewährt hat.

4.6 Der Zeitraum nach Ziffer 4.5, der im Rahmen der Rückzahlungsklauseln vereinbart werden kann, orientiert sich an der Dauer der von der Mitarbeiterin /dem Mitarbeiter

in Anspruch genommenen Maßnahme und den hierfür vom ZDF aufgewendeten Kosten.

Zu den Kosten, die rückgefordert werden können, zählen der Sachaufwand der in Anspruch genommenen Maßnahme und die während der Zeit der Fortbildung geleistete Vergütung.

4.7 Bei Maßnahmen, die mit Mitteln der Aus- und Fortbildung finanziert werden

- ◆ kann der Fort- und Weiterbildungsausschuss die Vereinbarung einer Rückforderungsklausel empfehlen,
- ◆ ist die Stellungnahme des Fort- und Weiterbildungsausschusses vor der Geltendmachung einer Rückforderung einzuholen.

5.0 Fortbildungsmaßnahmen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel können freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht dem Geltungsbereich des Tarifvertrages zur Regelung der freien Mitarbeit im 2. Kreis unterfallen, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen an Fortbildungsmaßnahmen des ZDF und der Gemeinschaftseinrichtungen mit der ARD teilnehmen.

5.1 Die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist auf entsprechenden Antrag des zuständigen Fachbereiches möglich, wenn dies im betrieblichen Interesse des ZDF liegt und/oder eine Voraussetzung für die Einsatzmöglichkeit des freien Mitarbeiters/der freien Mitarbeiterin beim ZDF ist. Der Antrag bedarf der vorherigen Genehmigung des Fachdirektors, dem der antragstellende Bereich untersteht und ist an die HA Personal/Abt. Aus- und Fortbildung/Geschäftsstelle zu richten. Im Übrigen finden Ziffer 6.2 bis 6.4 sinngemäß Anwendung.

Für die Dauer der Maßnahme wird ein Honorar gezahlt, notwendige Reisekostenaufwendungen im Sinne der Ziffer 4.2 c) werden erstattet.

5.2 Eine Teilnahme an fachbereichsübergreifenden Maßnahmen kann gewährleistet werden, insbesondere für solche freie Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen, die sich in einem arbeitnehmerähnlichen Beschäftigungsverhältnis befinden, sofern betriebliche Interessen des ZDF nicht entgegenstehen.

Der Antrag ist von dem freien Mitarbeiter/der freien Mitarbeiterin mit Stellungnahme der Fachbereichsleitung, für deren aufgabenmäßigen Kompetenzbereich die Fort- und Weiterbildungskenntnisse Voraussetzung sind, an die HA Personal/ Abt. Aus- und Fortbildung zu stellen. Im Übrigen finden Ziffer 6.2 bis 6.4 sinngemäß Anwendung.

Für die Dauer der Maßnahme kann eine Honorierung erfolgen; ebenso können notwendige Reisekostenaufwendungen im Sinne der Ziffer 4.2 c) erstattet werden.

- 5.3** Liegt die Fortbildungsmaßnahme überwiegend oder ausschließlich im Interesse des freien Mitarbeiters/der freien Mitarbeiterin, ist eine Teilnahme möglich, sofern die verfügbaren Plätze nicht für Festangestellte oder für Maßnahmen gem. Ziffer 5.1 und 5.2 benötigt werden.

Der Antrag ist von dem freien Mitarbeiter/der freien Mitarbeiterin an die HA Personal/ Abt. Aus- und Fortbildung zu richten. Im Übrigen finden Ziffer 6.3 bis 6.4 sinngemäß Anwendung.

Die im Zusammenhang mit der Teilnahme an der Fort- und Weiterbildungsmaßnahme entstehenden Kosten sind grundsätzlich von dem freien Mitarbeiter/der freien Mitarbeiterin zu tragen. Die dem ZDF im Falle der Nichtteilnahme entstehenden Kosten hat der freie Mitarbeiter/die freie Mitarbeiterin dem ZDF zu erstatten.

6.0 Fort- und Weiterbildungsausschuss

- 6.1** Der Personalrat einerseits und das ZDF andererseits benennen für den Ausschuss je 4 ordentliche Mitglieder. Im Hinblick auf den Zeitraum der Benennung ist auf eine kontinuierliche Funktionswahrnehmung zu achten. Die Mitglieder können im Falle ihrer Verhinderung durch eine Stellvertretung ersetzt werden.

Der Ausschuss wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und dessen/deren ständige Vertreterin / ständigen Vertreter.

Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen einem Vertreter/einer Vertreterin des ZDF und einem Vertreter/einer Vertreterin des Personalrates.

Der Ausschuss ist bei Anwesenheit von mindestens 6 Mitgliedern beschlussfähig. Seine Beschlüsse kommen mit Mehrheit der Anwesenden zustande. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag.

Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

- 6.2** Anträge auf Fort- und Weiterbildung sind der HA Personal/Abt. Aus- und Fortbildung auf dem Dienstweg nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zuzuleiten:

- a) Bei Maßnahmen der Ziffer 3.2.1 muss der Antrag die Stellungnahme der Fachbereichsleitung enthalten. Der Antrag kann auch durch den Fachbereich gestellt werden.

Dieses Antragsverfahren gilt für Einarbeitungsmaßnahmen nur, wenn die Kostenübernahme durch die HA Personal/ Abt. Aus- und Fortbildung erfolgt.

- b) Maßnahmen der Ziffer 3.2.2 bedürfen der Zustimmung der jeweiligen Fachdirektion.
- c) Anträge auf Maßnahmen im Sinne der Ziffer 3.2.3 müssen sowohl die Stellungnahme der zuständigen Fachbereichsleitung, als auch die Stellungnahme der Fachbereichsleitung enthalten, für deren aufgabenmäßigen Kompetenzbereich die Fort- und Weiterbildungskenntnisse Voraussetzung sind.

Grundsätzlich genügt für die Stellungnahme die Bestätigung der dienstlichen Notwendigkeit bzw. die Befürwortung der Maßnahme. Beantragen mehrere Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen eines Fachbereiches gleichzeitig eine Maßnahme und befürwortet der/die Vorgesetzte nur einen Teil der Anträge, ist die Auswahlentscheidung näher zu begründen. Wird der Antrag einer schwerbehinderten Mitarbeiterin /eines schwerbehinderten Mitarbeiters nicht befürwortet, bedarf dies einer substantiierten Begründung.

Die Anträge sind durch die Vorgesetzten binnen 6 Wochen auf dem Dienstweg an die HA Personal/Abt. Aus- und Fortbildung weiterzuleiten. Vor Weiterleitung einer ablehnenden Stellungnahme durch den Fachbereich ist der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin zu informieren.

Wird der Antrag auf Maßnahmen im Sinne der Ziffer 3.2.1 durch den Fachbereich gestellt, erhält der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin eine Kopie des Antrages.

Die HA Personal/Abt. Aus- und Fortbildung legt die Anträge auf Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen dem Ausschuss vor.

In strittigen Fällen sind auf Antrag des Ausschusses, der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters oder des Fachbereichsleiters die Beteiligten zu hören.

6.3 Der Ausschuss beschließt über die Weiterbildungsprojekte und die Einzelanträge im Rahmen der hierfür bereitgestellten Mittel.

Dabei prüft und beschließt der Ausschuss vorbehaltlich der Entscheidung des Intendanten insbesondere über:

- ◆ Anträge für Einarbeitungsmaßnahmen im Rahmen umfangreicher Projekte, z.B. im technischen Bereich und/oder im EDV-Bereich, wenn die Kosten der Maßnahme durch Mittel der Aus- und Fortbildung getragen werden sollen,

- ◆ Anträge für fachspezifische Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen,
- ◆ die Frage, ob und wie weit eine Maßnahme im Gesamtinteresse des ZDF oder einzelner Bereiche liegt,
- ◆ Prioritäten bei der Durchführung von bereichsübergreifenden Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel und der Teilnahmemöglichkeit von interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,
- ◆ Prioritäten der Teilnahmeberücksichtigung freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel,
- ◆ in Abstimmung mit dem Fachbereich die Frage, ob eine Maßnahme überwiegend im Interesse des ZDF oder des antragstellenden Mitarbeiters /der antragstellenden Mitarbeiterin liegt,
- ◆ mitarbeiterintegrative Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen,
- ◆ die Frage einer Kostenbeteiligung oder Darlehensgewährung des ZDF bei Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die überwiegend im Interesse des Mitarbeiters bzw. der Mitarbeiterin liegen,
- ◆ die Vereinbarung einer Rückzahlungsklausel.

Der Ausschuss ist zur Gewährleistung der Prioritätsentscheidung frühzeitig und umfassend über die im ZDF vorgesehenen Projektmaßnahmen, denen ggf. Fortbildungsrelevanz zukommen kann, zu informieren. Er wird außerdem regelmäßig über die laufenden und geplanten Weiterbildungsmaßnahmen der Lehrbeauftragten informiert.

- 6.4** Die Beschlüsse des Ausschusses sowie eine eventuell abweichende Stellungnahme des Fachbereiches werden dem Intendanten vorgelegt. Hierbei ist ihm bei einem Mehrheitsbeschluss auch die Meinung der Minderheit im Ausschuss mitzuteilen. Der Intendant teilt seine Entscheidung dem Ausschuss mit.

7.0 Abwicklung

Die Koordination der Weiterbildungsmaßnahmen ist Aufgabe der HA Personal/Abt. Aus- und Fortbildung. Ihr obliegt in Zusammenarbeit mit den Direktionen die qualitative und quantitative Bedarfsermittlung, die Projekt- und Maßnahmenplanung sowie die praktische Durchführung der Weiterbildungsmaßnahmen. Dabei gewährleisten die Lehrbeauftragten die konzeptionelle und inhaltliche Abstimmung mit den einzelnen Fachbereichen sowie die Realisation der Projekte und Maßnahmen. Entsprechendes gilt für übergeordnete Belange, z.B. im Rahmen der DV Frauengleichstellungsplan.

8.0 Inkrafttreten und Kündigung

Diese Dienstvereinbarung novelliert die Dienstvereinbarung vom 01.03.1999 und tritt mit Wirkung vom 01.07.2010 in Kraft.

Die Dienstvereinbarung Fort- und Weiterbildung kann mit einer Frist von drei Monaten jeweils zum Ende des Kalendervierteljahres gekündigt werden.

Mainz,

.....
Für den Personalrat der Zentrale,
die Personalräte der Landesstudios
Rheinland-Pfalz und Hessen sowie
der Auslandstudios

.....
Für das Zweite Deutsche Fernsehen

Die Personalräte der übrigen Inlandstudios haben der Vereinbarung mit Schreiben vom 18.08.2011 zugestimmt.